

Karl-Heinz Reuband

Veränderungen in den lokalen Lebensbedingungen Ostdeutschlands und ihre Widerspiegelung im Zufriedenheitsniveau der Bürger

Das Beispiel Dresden

Changes in Local Living Conditions in Eastern Germany and How These are Reflected in Satisfaction Levels among the Population

The case of Dresden

Kurzfassung

Auf der Grundlage repräsentativer postalischer Bevölkerungsumfragen in Dresden wird untersucht, wie sich die Lebensbedingungen und die Zufriedenheit mit der lokalen Infrastruktur zwischen 1995 und 2000 entwickelt haben. Im Allgemeinen folgt die Zufriedenheit den Veränderungen in den objektiven Rahmenbedingungen. Sie wird durch sie jedoch allein nicht bestimmt, kognitive Generalisierungstendenzen wirken ebenso ein wie Erfahrungen und Erwartungen auf Seiten der Befragten. Unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen dürften in erster Linie dafür verantwortlich sein, dass die Befragten, die vor der Wende in Westdeutschland lebten, sich in ihrem Urteil von dem der alteingesessenen Dresdner unterscheiden: indem sie die Einkaufsmöglichkeiten schlechter, die Kriminalitätslage jedoch besser beurteilen.

Abstract

On the basis of representative postal surveys of the resident population of Dresden, an attempt is made to study changes between 1995 and 2000 both in living conditions and in levels of satisfaction with local infrastructure. Generally speaking, satisfaction follows changes in objective conditions. However, it is not determined solely by such changes: an important role has to be ascribed to cognitive tendencies of generalisation, and equally to personal experience and expectations on the part of informants. Differences in personal experience and in expectations can be seen as the principal reasons for the divergence in attitudes observed between informants who previously (prior to unification) lived in West Germany and native Dresdeners. The former tend to judge opportunities for shopping more negatively, but see the crime situation in more favourable terms.

1 Einleitung

Die Lebensbedingungen in den ostdeutschen Großstädten haben sich mit der Wende grundlegend gewandelt. Gesamtgesellschaftliche und lokale Veränderungen haben die Rahmenbedingungen des Handelns und des Lebensgefühls verschoben. Positive und negative Erscheinungen gehen damit einher. Wie sehr diese zu Veränderungen in der Bewertung auf Seiten der Bürger führen, ist eine offene Frage. In der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Deutung schlagen sich objektive Veränderungen stets in analogen subjektiven Urteilen nieder. So werden z. B. Verbesserungen im Warenangebot mit wachsender Kundenzufriedenheit und steigende Kriminalität mit einer steigenden Unzufriedenheit über die Kriminalitätsbekämpfung gleichgesetzt (z. B. Zachert 1992). Subjektive Urteile sind jedoch stets eine Funktion von objektiven Gegebenheiten *und* von Erwartungshaltungen, und letztere sind sowohl von der Bedürfnisstruktur als auch den Vorstellungen von angemessenen und „gerechten“ Standards mit abhängig. Ändern sich die Erwartungshaltungen, kann sich Unzufriedenheit einstellen, selbst wenn die objektiven Bedingungen gleichgeblieben sind oder sich gar verbessert haben.

Besonders in einer Gesellschaft, die wie die ostdeutsche einem raschen Wandel unterliegt, in der sich sowohl die objektiven Rahmenbedingungen als auch die Erwartungshaltungen ändern, stellt sich die Frage nach den subjektiven Folgen dieses Wandels in verschärfter Weise. Und die Antwort ist durchaus offen. Gemessen an den Verhältnissen der Vergangenheit mag die neue Situation als befriedigend beurteilt werden, gemessen an den Standards Westdeutschlands und des westlichen Auslands jedoch als unbefriedigend. Es wäre daher prinzipiell vorstellbar, dass in dem Maße wie sich die Integration der Ostdeutschen in die bundesrepublikanische Gesellschaft vollzieht und deren Maßstäbe übernommen werden, die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage wächst.

Im Folgenden soll am Beispiel der Stadt Dresden untersucht werden, welche Veränderungen sich objektiv ergeben haben und wie diese von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Dabei ist die Wahrnehmung nicht nur als Funktion der eigenen Erfahrungen anzusehen, sondern auch als Folge der – über andere Personen und die Massenmedien – vermittelten Erfahrungen und Realitätsdefinitionen. Von besonderem Interesse ist, in welcher Weise unterschiedliche Erwartungshaltungen, hergeleitet aus Ost- bzw. Westmaßstäben, die Bewertung und den Gesamttrend der Beurteilung beeinflussen. Untersuchungen dazu fehlen. Sie sind jedoch für die Analyse von Zufriedenheitspotenzialen, lokaler Bindung und des Attraktionswer-

tes, den Städte für Bewohner, Touristen und potenzielle Migranten haben, von Bedeutung. Und sie sind von Interesse aus der Sicht der Wohlfahrtsforschung, in der es darum geht, die subjektiven Aspekte objektiv vorgegebener Lebensbedingungen zu bestimmen (vgl. u. a. Zapf und Habich 1996)

2 Methodik

Empirische Grundlage der folgenden Untersuchung sind vier repräsentativ angelegte Befragungen der Bevölkerung der Stadt Dresden ab 18 Jahre. Die erste Erhebung wurde im November 1995 bis Februar 1996 durchgeführt (im Folgenden verkürzt als 1996er Erhebung gekennzeichnet), die zweite im Sommer/Herbst 1997, die dritte im Sommer/Herbst 1998 und die vierte im Herbst/Winter 2000.¹ Die Stichproben beruhen auf einer Zufallsauswahl der wahlberechtigten deutschen Wohnbevölkerung aus dem Einwohnermelderegister bzw. dem Adressbuch der Stadt (welches seine Basis im Einwohnermelderegister hat). Die Ausschöpfungsquoten liegen in der Regel mit Werten zwischen rund 60 % und 70 % (vgl. Reuband 1999c, 2001b) über den Standardwerten der qualitativ hochstehenden Face-to-face-Befragungen (wie dem ALLBUS, vgl. u. a. Koch 1997).²

Eingesetzt wurden postalische Befragungen, weitgehend in Anlehnung an die „Total“ bzw. „Tailored Design Method“ (TDM) nach Don Dillman (Dillman 1978, 2000). In unserem Langzeitvergleich beziehen wir uns auf Dresden in den Grenzen, die bis in die 90er Jahre galten. Die Eingemeindungen, die 1998 erfolgten, sind zwar in unserer neusten Studie aus dem Jahr 2000 in der Stichprobe mit enthalten, für den Zeitvergleich jedoch ist es ratsam, die Randbedingungen konstant zu halten. Dementsprechend klammern wir Personen, die in den neu eingemeindeten Vierteln leben, aus.

Die Befragungen sind Teil eines langfristigen Forschungsprogramms zur Analyse des sozialen und kulturellen Wandels in den neuen Bundesländern am Beispiel Dresdens. Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass sich nationale und lokale Trends im Rahmen lokaler Studien analysieren lassen und sich die alltägliche Lebensqualität maßgeblich in dieser Weise erschließt. Indem wir den Einzelnen in dem für ihn subjektiv relevanten lokalen Kontext untersuchen, gewinnen wir einen Einblick in das Zusammenspiel von objektiven Rahmenbedingungen und subjektiven Reaktionen.³ Weil sich der Wandel in den neuen Bundesländern relativ schnell vollzieht, sind Erhebungen innerhalb kurzer zeitlicher Abstände sinnvoll. So wurde zunächst damit begonnen, die Erhebungen im ein-

bis zweijährigen Abstand durchzuführen. Die weiteren Erhebungen sollen in zwei- bis dreijährigen Jahresabständen stattfinden, ähnlich dem „ALLBUS“ bzw. dem „Wohlfahrtssurvey“ als bundesweiter Umfrageserie. Die neuste Erhebung ist für den Winter 2002/03 geplant.

Die Themen, die in den Dresdner Umfragen aufgegriffen werden, reichen von Fragen der lokalen Zufriedenheit, der Kriminalitätserfahrung bis hin zum Ost-West-Verhältnis. Neben einem konstanten Fragensatz, vor allem zu psychosozialen Problemen und der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, stehen spezifische Themen, die von Umfrage zu Umfrage variieren. Die Querschnittstudien werden durch eine Panelerhebung ergänzt, über die der individuelle Wandel und dessen Ursachen bestimmt werden sollen (vgl. Reuband 1998b, 1999a), weiterhin – in unregelmäßigem Abstand – durch Querschnittserhebungen in anderen ost- und westdeutschen Städten (vgl. u.a. Reuband 1998a, 2001a).⁴ Ziel ist es, die unterschiedlichen objektiven und subjektiven Lebensbedingungen unter Einbeziehung kontextueller Rahmenbedingungen in vergleichbarer Weise über die Zeit zu erfassen und zu interpretieren.

3 Veränderungen in den objektiven Lebensbedingungen

Die Veränderungen in den Lebensbedingungen seit der Wende haben den Bürgern in den neuen Bundesländern neue Möglichkeiten eröffnet. Im Bereich des Konsums sind Einkaufsstätten mit hohem Warenangebot sowie Gaststätten und Lokale entstanden. Was einst zu Zeiten der DDR fehlte oder unzureichend vorhanden war (und wofür man lange Warteschlangen in Kauf nehmen musste), ist nunmehr leicht verfügbar. Doch diese Verfügbarkeit unterliegt gewissen Restriktionen – so liegen in einer Reihe von Städten die neuen großen Einkaufszentren außerhalb der Stadt. Sie ziehen die Kaufkraft aus der Innenstadt ab und behindern deren Revitalisierung (vgl. u.a. Sparschuh 1995, Usbeck 1996). Erschwerend wirkten sich lange Zeit auch ungeklärte Eigentumsfragen und hohe Laden- und Büromieten aus. Zu hohe Mieten und eine zu geringe Nachfrage bedingen selbst heute oftmals noch eine hohe Fluktuation von Geschäftsinhabern in Innenstadtlagen.

Für Dresden, das weniger durch neue Einkaufszentren außerhalb der Stadt geprägt ist als vergleichbare Städte wie Leipzig, lässt sich zeigen, dass die Zahl der Unternehmen, die im Einzelhandel tätig sind (ohne Handel von Kfz und Tankstellen) nach Statistiken der Industrie- und Handelskammer, von 3 166 Ende 1994

auf 4 594 Ende 1998 gestiegen ist (Landeshauptstadt Dresden 2000, S. 156). Gleichzeitig nahmen die Einzelhandelsverkaufsflächen zu: von 180 000 m² im Jahr 1990 auf 500 000 m² im Jahr 1995 und 663 000 m² im Jahr 1996 (Landeshauptstadt Dresden 1999, S. 14). Bezogen auf das Jahr 1995 ergibt sich in der Zahl der Einzelhandelsunternehmen bis 1998 mithin ein Plus von 24 % und in den Verkaufsflächen ein Plus von 33 %.⁵

Von besonders hohem symbolischen Stellenwert für das städtische Erleben und die Entwicklung urbaner Lebensformen ist, wie sich die Einkaufssituation an den zentralen Orten der Stadt – innerhalb der Innenstadt – darstellt. In dieser Hinsicht ist für Dresden bedeutsam, dass sich in der Innenstadt die großen Kaufhäuser, die auch in Westdeutschland einen zentralen Platz einnehmen, inzwischen etabliert haben. Karstadt, das sich zunächst im alten Gebäude des „Zentrum“ Warenhauses aus DDR Zeiten befand, zog innerhalb des Befragungszeitraums in ein neu eingerichtetes Gebäude direkt gegenüber dem alten Gebäude. Das bisherige Haus wurde in ein Hertie-Warenhaus umgebaut. Und das Einkaufshaus C&A war zum Zeitpunkt der vorletzten Erhebung dabei, seinen bisherigen Sitz in einem nach der Wende errichteten provisorischen Containerbau nahe dem Bahnhof aufzugeben und in ein neues Gebäude am „Altmarkt“ – dem traditionellen Zentrum der Stadt – zu ziehen. Zum Zeitpunkt der neuesten Erhebung war dieser Umzug realisiert. Verbessert hat sich dadurch bedingt nicht nur die optische Präsentation der Waren, sondern auch die Größe des Angebots.

Im Vergleich zu anderen west- und ostdeutschen Großstädten kann man von einer besonderen Attraktion der Innenstadt als Einkaufszentrum gleichwohl nicht sprechen. Im Gegensatz zu Leipzig – der benachbarten sächsischen Konkurrenzstadt – wurde die Innenstadt Dresdens während des Krieges vollständig zerstört. Was nach dem Kriege neu entstand, war eine lange Einkaufsstraße, die „Prager Straße“, die eher einer Fußgänger-Durchgangszone als einer Flaniermeile ähnelt, sich auch nach der Wende lange Zeit weder durch besondere optische Reize, noch durch ein attraktives Warenangebot auszeichnete. Dies galt lange Zeit selbst dort, wo westdeutsche Besitzer Geschäfte übernommen hatten.⁶

Auch mit der Attraktivität der „Hauptstraße“, jenseits der Elbe gelegen – und nach der „Prager Straße“ die zweitwichtigste Einkaufsmeile –, sieht es nicht besser aus. Eher gilt das Gegenteil: Sie wurde in den letzten Jahren „stiefmütterlich behandelt“ (Sächsische Zeitung 17.5.2000, S.12). Was hier fehlt, ist die Vielfalt unterschiedlicher kleiner Anbieter, die der Straße einen Flair verleihen könnten. In der benachbarten Königs-

straße, in der Lokalpresse auch schon mal die „Kö“ genannt (in Anlehnung an die Düsseldorfer Königsallee), ist die Situation nicht viel günstiger. Wohl gibt es attraktive kleinere Geschäfte, vor allem für Touristen und Kunden mit gehobenen Ansprüchen, insgesamt ist ihre Zahl jedoch klein, und von einer Flaniermeile ist die Dresdner „Kö“ weit entfernt.

Inwieweit die geplante Umgestaltung der Prager Straße, der Umbau des Hauptbahnhofs, die Neugestaltung des Altmarktes und längerfristig der Neuaufbau des Neumarktes um die Frauenkirche (vgl. Landeshauptstadt Dresden 1999, S. 32 ff., Sächsische Zeitung 10.11.1999, S. 7, 13/14.5.2000, S. 7) grundlegende Verbesserungen für Dresden bringen wird, bleibt abzuwarten. Und offen bleiben muss auch, inwieweit die Schaffung eines „City Managers“ die Situation ändern wird. Gedacht ist an eine Aufwertung des Stadtzentrums und eine integrative Gesamtplanung für den Handel „dies- und jenseits der Elbe“ (vgl. Sächsische Zeitung 10./11.6.2000, S. 7).

Bedeutsam für die Atmosphäre einer Stadt sind neben den Einkaufsmöglichkeiten die Gaststätten, Lokale und Cafés. Sie repräsentieren den Unterhaltungswert der Stadt und den Öffentlichkeitscharakter städtischen sozialen Lebens. Dresden hat hier eine besondere Tradition. Bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts verblüffte jeden Fremden, der nach Dresden kam, die große Zahl von Gastwirtschaften, Kaffeehäusern, Speise-, Bier- und sonstigen Einrichtungen. Um 1800 finden sich etwa 400 gastgewerbliche Stätten (davon 5% Konditoreien, ca. 15% Gasthöfe, ca. 80% Speise- und Kaffeehäuser; vgl. Heise 1994, S. 6), und um 1900 liegt die Zahl um ein Vielfaches höher. Es ist die Zeit rascher Expansion: allein zwischen 1891 und 1901 stieg die Zahl der Gast- und Schankwirtschaften sowie Konditoreien von 1229 auf 1797 (Starke 1995, S. 135). In manchen Überblicksarbeiten werden gar für diese Zeit über 3000 Betriebe genannt (einschließlich Hotels und Gasthöfe).⁷ Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch die hohe touristische Attraktivität der Stadt mitbedingt. An die 300 000 Touristen besuchten 1900 Dresden, vor Kriegsausbruch 1914 waren es fast eine halbe Million (vgl. Heise 1994, S. 10).

Zwei Weltkriege und die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft trugen das Ihrige dazu bei, dass sich die einstige Vielfalt verflüchtigte und die Zahl der Lokale und Restaurants auf ein recht niedriges Niveau sank. Erst mit der Wende änderte sich dies. Zwar wurden mehrere, auch lokal weithin bekannte Gaststätten geschlossen, doch längerfristig kamen neue hinzu. Gab es vor der Wende ca. 500 Gaststätten und Lokale, so stieg nach der Wende – insbesondere in der Zeit zwi-

schen 1992 und 1995 – die Zahl rasch an. Heutzutage liegt sie bei rund 1 400 (Mitteilung des Gewerbeamtes Dresden).

Dabei sind erhebliche Unterschiede je nach Stadtviertel zu beobachten. In vielen Gegenden gibt es kaum ein Lokal, in anderen mehrere. Besonders in der „Neustadt“, dem größten geschlossenen Gründerzeitviertel Europas, auf der anderen Seite des Flusses gegenüber dem Zentrum, haben sich viele Lokale etabliert. Inzwischen gilt dies Viertel als das Kneipenviertel Dresdens schlechthin. Es stellt besonders für die Jugend einen hohen Anziehungspunkt dar. Dementsprechend ist die Zusammensetzung der Besucher – mehr als in westdeutschen Städten wie Köln oder Düsseldorf – altersmäßig relativ homogen. Wer demgegenüber Nachbarschaftskneipen aufsuchen will (und sich nicht an Treffpunkten primär für Jugendliche und junge Erwachsene aufhalten will), hat größere Schwierigkeiten.

Der lange bestehende Rückstand in der Zahl der Lokale und Restaurants im Vergleich zum Westen war lange Zeit Folge ungeklärter Eigentumsverhältnisse. Sie verhinderten eine rasche Expansion und Annäherung an den Westen nach der Wende. Hinzu kam – besonders in der Neustadt – eine heruntergekommenene Bausubstanz. In dem Maße, wie die Zahl der Baugenehmigungen stieg, breiteten sich relativ schnell dann auch dort Gaststättenbetriebe aus. In dieser Hinsicht vollzog sich eine Entwicklung, die sich in der einen oder anderen Form auch in anderen ostdeutschen Großstädten mit gewisser Metropolenfunktion ereignete.⁸

Verbessert haben sich seit der Wende in Dresden auch die Wohnverhältnisse. Vor der Wende herrschte Wohnungsknappheit: Wer eine Wohnung suchte, musste oft mehrere Jahre warten. Dabei waren die Verhältnisse in Dresden im Vergleich zu anderen ostdeutschen Großstädten nicht einmal ungünstig. Die Zahl der Wohnungsanträge pro 1 000 Einwohner – die man als Indikator für Wohnungsnot ansehen kann – lag in 1989 Dresden bei 59,4, in Berlin bei 73,5, in Chemnitz bei 85,0 und in Leipzig gar bei 92,7. Besonders niedrig lagen die Zahlen u.a. in Dessau, Eisenhüttenstadt und Schwedt/Oder (vgl. Friedrichs 1995, S. 69) – z.T. Städte, in denen eigens ein Neubauprogramm in großem Stil aufgelegt worden war, um Wohnungen für die Beschäftigten in der neuen Großindustrie zu schaffen.

Nach der Wende vergrößerte sich in Dresden wie anderswo das Wohnungsangebot durch Neubauten sowie die Renovierung des Altbaubestandes, und die Mieten sanken. So erhöhte sich z.B. die Zahl der Baugenehmigungen für Neubauten in Dresden von 429 in

den Jahren 1991/92 auf 1 152 im Jahr 1997 (1998 sank die Zahl dann erstmals, auf nunmehr 891). Und die Zahl der fertiggestellten Wohnungen (Alt- und Neubau) stieg von 291 im Jahr 1991/92 auf 15 531 im Jahr 1997 (1998, S. 10331) (vgl. Landeshauptstadt Dresden 2000, S. 131, 133). Die Mieten, die unmittelbar in der Nachwendezeit bei neuvermieteten Wohnungen bei 20 bis 25 DM pro m² lagen, fielen auf Werte zwischen 10 und 13 DM. Ob es sich um Neu- oder sanierten Altbau handelte, machte dabei fast keinen Unterschied.

Nimmt man die Wohnungen, die in der Sächsischen Zeitung (im Zeitraum März bis Mai 2000) veröffentlicht wurden, als Maßstab, so kosteten im Frühjahr 2000 2- bis 3,5-Raum-Wohnungen in „guter Lage“ im Fall von Neubauten 11,51 DM pro m², bei sanierten Altbauten 10,73 DM und bei unsanierten Altbauten 7,78 DM (Sächsische Zeitung 2.6.2000, M1). Und ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre fanden sich sogar in den Zeitungen immer häufiger Wohnungsanzeigen, in denen damit geworben wurde, man wohne einen Monat mietfrei bzw. erhalte zum Umzug einen Zuschuss von 1 000 DM oder gar vollständig die Umzugskosten ersetzt. Nicht der Wohnraum repräsentierte mehr den Mangel, die Mieter selbst waren zur umworbenen Klientel avanciert.

Der Leerstand von Wohnraum, bedingt durch Überkapazität im Neubau und falsche Förderkonzepte – bei gleichzeitig sinkenden Einwohnerzahlen –, hat inzwischen in manchen ostdeutschen Städten Größenordnungen erreicht (vgl. auch Focus 24, 2000, S. 48), dass in Abkehr von früheren Verhältnissen nicht mehr der Neubau oder die Renovierung, sondern der Abriss von Wohnungen zum Förderbestand von Ministerien geworden ist (vgl. Sächsische Zeitung 10./11.6.2000, S.1).⁹ Im Dresdner Stadtteil Prohlis wurde dem neuen Programm folgend bereits im Juli 2000 mit dem Abriss von Wohnungen begonnen (vgl. Sächsische Zeitung 19.07.2000, S. 6).

Im Gegensatz zu den bisher genannten Verbesserungen stehen Verschlechterungen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Kriminalität. Mit der Wende und der Umstrukturierung der Industrie sowie der öffentlichen Einrichtungen fielen massenhaft Arbeitsplätze fort. Arbeitslosigkeit, allenfalls abgefedert durch ABM und andere Maßnahmen, setzte ein. Was einst zu DDR-Zeiten gesichert war, verlor an Selbstverständlichkeit. Im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten blieb die Arbeitslosenzahl in Dresden zwar relativ niedrig, aber auch hier erhöhte sie sich innerhalb relativ kurzer Zeit von einem Null-Niveau aus und überschritt die Werte, die für Großstädte im Westen üblich sind. Gab es vor der Wende keine Arbeitslosigkeit, lag die Rate im Dezember 1992 bereits bei 8 %, im Dezem-

ber 1995 bei 12 % und im Dezember 1997 bei 16 %. Im März 1998 stieg die Zahl gar auf 17 % an, sank jedoch – mitbedingt durch einen massiven Ausbau der ABM Maßnahmen kurz vor der Wahl – auf 15 % im September 1998.¹⁰ Im Dezember 2000 lag die Arbeitslosenquote dann bei 14 % und blieb seitdem, gemessen an den Werten Ende des Jahres, stabil: Die entsprechenden Daten für den Dezember 2001 belaufen sich auf 15 %, die neusten Zahlen für den Oktober 2002 auf 14 % (Arbeitsamt Dresden 2001a–c).

Rechnet man Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte und Personen im Vorruhestand hinzu, erhöht sich der Wert der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zeitweise auf über ein Fünftel der Erwerbspersonen. Und noch deutlicher wird die weitverbreitete Erfahrung von Arbeitslosigkeit in Dresden, wenn man erfasst, wer jemals seit der Wende für kurze oder längere Zeit arbeitslos war. Nimmt man das Vorkommen von Arbeitslosigkeit oder ABM (ohne Vorruhestand oder Kurzarbeit) seit der Wende als Maßstab, so geben in Dresden (unserer Umfrage von 2000 zufolge) 39 % der Befragten eine eigene und 31 % eine Betroffenheit anderer Haushaltsmitglieder an. Berechnet man die Quote auf den Haushalt, so waren Ende 2000 rund 56 % aller Befragten davon seit 1990 betroffen (in Düsseldorf, wo wir zeitgleich die Erhebung durchführten, 31 %).

Verschlechterungen im Gefolge der Wende charakterisieren ebenfalls die Kriminalitätsentwicklung. Genaue Zahlen vor der Wende, die mit den heutigen direkt in Beziehung gesetzt werden können, gibt es aufgrund anderer Berechnungsmodi bei den Kriminalstatistiken nicht. Sicher aber ist: Die relativen Zahlen pro Kopf der Bevölkerung lagen in Ostdeutschland niedriger als heute (vgl. Kerner 1996). Sie lagen niedriger nicht nur, weil der staatliche Repressionsapparat als Sanktionsinstanz wirkte, sondern auch weil die Gelegenheit zur Kriminalität – besonders die dominierende Eigentumskriminalität – geringer war. Was letztlich nicht verwundert: In einer Mangelgesellschaft ist das Angebot an Waren, die illegal erworben werden können, geringer als in einer Gesellschaft mit hohem Konsum- und Warenangebot.

Mit der Wende stieg die Zahl der Delikte in Dresden – ebenso wie in den anderen Gegenden der neuen Bundesländer – zunächst an, im Jahr 1993 auf 46 250 Delikte, 1995 auf 66 495 und 1996 auf 72 524. Seitdem ist die Zahl rückläufig: Die entsprechenden Werte für 1997 beziffern sich auf 55 108, 1998 auf 52 593 Fälle, 1999 auf 51 399 und 2000 auf 51 108 Fälle. Gleichzeitig erhöhte sich die Aufklärungsquote: Lag sie 1995 bei 29 %, belief sie sich 1998 bereits auf 51 %. Seitdem ist sie auf diesem Niveau geblieben und entspricht weitgehend dem bundesdeutschen Durchschnitt (vgl.

Bundeskriminalamt 1999–2002). Befunde aus unseren Umfragen, in denen nach der Viktimisierung innerhalb der letzten zwölf Monate gefragt wurde, belegen weitgehend eine Konstanz der Bedrohung. Gaben 1995 25 % der Befragten an, innerhalb der letzten 12 Monate Opfer von Kriminalität geworden zu sein, so bekundeten dies Ende 2000 24 % (Reuband 2001a). Hinter dieser Konstanz verbirgt sich bei einigen Delikten – wie Einbruch – ein Anstieg, und bei anderen ein Rückgang. Besonders betroffen vom Rückgang waren Delikte, die sich auf Pkws beziehen.

Welche Gründe für den Rückgang in der polizeilich registrierten Kriminalitätsbelastung in den letzten Jahren verantwortlich sind, ist ungeklärt. Veränderungen in den Präventionsmaßnahmen der Bürger (etwa durch Fahrzeugsperrungen im Pkw) kommen ebenso in Betracht wie Veränderungen in den polizeilichen Routinen oder Kontrollen (durch vermehrte Streifenfälligkeit). Auf jeden Fall spiegeln sich in den Zahlen nicht nur lokalspezifische, sondern auch nationale Trends wider – denn bundesweit sank die Zahl der Straftaten ebenfalls (Bundeskriminalamt 2002). Anders die Situation im Fall der Aufklärungsquote: Sie dürfte in maßgeblicher Weise lokal bestimmt sein. Analoge Tendenzen finden sich auf bundesweiter Ebene nicht. Für den Anstieg der Aufklärungsquote dürften mitverantwortlich sein sowohl Änderungen in dem Umfang aktiver Kontrolle auf Seiten der Polizei, Änderungen in der Erfassung von Delikten bei ermittelten Tätern (per nachträglicher Rekonstruktion vergangener Straftaten) als auch sonstige Maßnahmen der Polizei.

Verschlechterungen kennzeichnen längerfristig in gewissem Maße den öffentlichen Nahverkehr in Dresden. Bis zur Wende war er relativ gut ausgebaut. Mit der in kurzer Zeit stark steigenden Motorisierung der Privathaushalte und der Anschaffung von PKWs – einst die Realisierung einer jahrelangen Sehnsucht und eines mehrjährigen Wartens, bis es zur Zuteilung kam – ging die Nachfrage nach den öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Zugleich wurde durch die Einführung des kostendeckenden Prinzips in die Betriebsrechnungen – das zwar nicht realisiert werden kann, aber als Ziel angestrebt wird – die Notwendigkeit des ökonomischen Umbaus des Nahverkehrs größer. Streckenstilllegungen, Verkürzungen der Fahrzeiten und gestiegene Fahrpreise waren eine Antwort darauf und führten zu einer gewissen Verschlechterung der Infrastruktur im Vergleich zur Vorwendezeit.

Fahrgelderhöhungen – z. T. in kurzem Abstand – verschärften diese Entwicklung im Erleben der Bürger noch weiter. So kam es kurz vor unserer ersten Erhebung, die wir in der Zeit zwischen November 1995 und Februar 1996 durchführten, zu Streckenstilllegungen

und einer Erhöhung der Fahrpreise. Besonders dramatischen Änderungen in der Zahl der Stadtlinien, der Streckenlängen oder der Haltestellen ereigneten sich gleichwohl im Langzeitvergleich nicht. So sank bei der Straßenbahn zwischen 1992 und 1998 die Streckenlängen von 132,4 auf 124,9 km, die Zahl der Haltestellen blieb annähernd gleich (244 vs. 246). Bei den Omnibussen sank die Streckenlänge von 261,6 km auf 252,0. Die Zahl der Haltestellen stieg jedoch an (von 335 auf 396) (Landeshauptstadt Dresden 2000, S. 218). In neuerer Zeit ist durch den Wechsel der Taktfrequenz auf manchen Strecken und die Neuorganisation der nächtlichen Streckenführung die Situation des Nahverkehrs eher wieder verbessert worden, allerdings sind auch die Fahrpreise weiter angehoben worden.

4 Die Widerspiegelung objektiver Veränderungen im Bewusstsein der Bürger

Wie nehmen die Bürger die beschriebenen Veränderungen in den objektiven Rahmenbedingungen nun wahr? Wie sehr gibt es einen differenziellen Bewertungswandel in Abhängigkeit vom Wandel der Rahmenbedingungen? Je nach Bewertungsdimension müssten diese Änderungen, wenn objektive Rahmenbedingungen subjektive Urteile prägen, unterschiedlich ausfallen: Im Fall der Einkaufsmöglichkeiten, des Gaststättenangebots und des Wohnungsbaus hatte es in den Jahren seit der Wende – und ebenfalls der Zeit zwischen 1995 und 2000 – mehr oder minder kontinuierliche Verbesserungen gegeben. Anfängliche Verschlechterungen mit darauf folgenden Verbesserungen finden sich hingegen im Bereich der Kriminalität und relativ konstante Verhältnisse – nach Zeiten der Verschlechterungen – im Fall des Arbeitsmarktes. Für den öffentlichen Nahverkehr ist die Situation komplexer. Sie ist komplexer aufgrund einer Vieldimensionalität, die einfache Bilanzierungen kaum möglich macht. Streckenstilllegungen auf der einen Seite und steigende Preise stehen Änderungen im Fahrkomfort entgegen. In welchem Maße welche Elemente vom Fahrgast gewichtet werden, entzieht sich der Kenntnis.

Ermittelt wurde in unserer Umfrage die Zufriedenheit mit den lokalen Lebensbedingungen über Fragen zur Zufriedenheit ungeachtet dessen, wie sehr der Befragte selbst diese Infrastruktur nutzt. Eigene Erfahrungen und allgemeine Wahrnehmungen gehen somit beide in das Urteil ein. So bilden sich im Urteil der Bürger Veränderungen ab, die im Allgemeinen parallel zu den Änderungen in der objektiven Situation verlaufen (vgl. Tab. 1). Es wächst die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten ebenso wie mit den Gaststätten- und

Tabelle 1

Zufriedenheit mit kommunaler Infrastruktur

(Anteil „sehr zufrieden“ / „zufrieden“ in %) nach Erhebungsjahr

	1996	1997	1998	2000
Einkaufsmöglichkeiten	59	62	77	76
Restaurants und Lokale	68	69	86	88
Öffentlicher Nahverkehr	36	38	*	52
Arbeitsplätze	9	6	5	7
Wohnungsangebot	17	31	62	77
Schutz vor Kriminalität	8	11	17	29
(N=)	(1297)	(1226)	(1209)	(750)

* nicht erfragt

Frageformulierung: „Wie zufrieden sind Sie in Dresden mit: Angebot an Restaurants und Lokalen – Einkaufsmöglichkeiten – Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln – Angebot an Arbeitsplätzen – Wohnungsangebot – Schutz der Bürger vor Kriminalität?“

Antwortkategorien: sehr zufrieden – zufrieden – teils/teils – unzufrieden – überhaupt nicht zufrieden“ (Hier: sehr zufrieden, zufrieden)

Tabelle 2

Dimensionalität der Zufriedenheit mit der kommunalen Infrastruktur in Dresden: Ergebnisse der Faktorenanalyse (Varimax Rotation)

	1996		1997		2000	
	I.	II.	I.	II.	I.	II.
Einkaufsmöglichkeiten	-.14	<u>.81</u>	-.11	<u>.72</u>	.09	<u>.74</u>
Restaurants und Lokale	.03	<u>.69</u>	.09	<u>.82</u>	.18	<u>.78</u>
Öffentlicher Nahverkehr	.45	.48	.42	.48	.15	<u>.58</u>
Arbeitsplätze	<u>.77</u>	-.08	<u>.79</u>	.04	<u>.75</u>	.10
Wohnungsangebot	<u>.59</u>	.29	.40	.28	.31	.44
Schutz vor Kriminalität	<u>.69</u>	-.16	<u>.75</u>	-.08	<u>.82</u>	.01
% Varianz	28	24	29	21	21	31

Ladungen über .50, die zur Kennzeichnung der Faktorenstruktur dienen, sind unterstrichen.

dem Wohnungsangebot innerhalb des hier betrachteten Zeitraums, in jüngster Zeit auch die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr. Verbessert hat sich auch die Zufriedenheit mit der Kriminalitätsbekämpfung. Demgegenüber bleibt in der Frage des Arbeitsplatzangebotes die Unzufriedenheit unverändert. Die Entwicklung, die sich in den Zufriedenheitsmaßen widerspiegelt, deckt sich im Allgemeinen mit der Entwicklung anderer – hier nicht näher referierter – Indikatoren, welche die aktuellen Sorgen erfassen und sich auf die gleichen Bereiche beziehen wie die Fragen zur Zufriedenheit (Sorge über steigende Wohnungsmieten, Wohnungskündigungen, die Bedrohung durch Kriminalität). Das bedeutet: Die Veränderungen in der Zufriedenheit finden ihre Parallele in dem Ausmaß an Beunruhigung, das die Bürger bereichsspezifisch betreffen.

Die Bewertungen der Infrastruktur erweisen sich, wie weitere Analysen erbringen, freilich als nicht völlig unabhängig voneinander. Dies ist bei gleichen objektiven Ausgangsbedingungen, die auf die betroffene Infrastruktur einwirken, nicht verwunderlich. Doch Zusammenhänge – wenn sie auch in der Regel nur schwach bestehen – finden sich selbst dort, wo man derartige gemeinsame Rahmenbedingungen nicht erwarten kann. Offensichtlich gehen allgemeinere, übergreifende kognitive Strukturen der Bewertung in die Urteile mit ein: Sie strukturieren im vorliegenden Fall die Bewertungen in zwei Dimensionen, wie eine Faktorenanalyse erbringt. Danach werden Einkaufsmöglichkeiten sowie „Restaurants und Lokale“ als eine Dimension und „Arbeitsplatz“ sowie „Schutz vor Kriminalität“ als eine zweite, davon getrennte Dimension wahrgenommen (vgl. Tab. 2). Man kann die eine

Dimension als „privatwirtschaftlich“ und die andere als „staatliche“ bezeichnen. Zwar wird der Arbeitsmarkt im Wesentlichen durch die Privatwirtschaft geprägt. Aber anders als bei den Einkaufsmöglichkeiten oder den Lokalen gibt es auch einen öffentlichen Auftraggeber. Und – ebenfalls anders als in den beiden zuvor genannten Bereichen – wird der Arbeitsmarkt durch staatliche Förderungsmaßnahmen und staatliche Wirtschaftspolitik mitgeprägt.

Das „Wohnungsangebot“ nimmt in dem Faktorraum eine Stellung irgendwo zwischen dem ersten und dem zweiten Faktor ein: 1995 ist die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot noch deutlich auf dem ersten Faktor angesiedelt, 1997 hat sich diese Verortung abgeschwächt und verschiebt sich 2000 schließlich auf den zweiten Faktor, der als privatwirtschaftlicher Infrastrukturfaktor angesehen werden kann. Und dies macht auch durchaus Sinn: Denn Wohnungsbau und Mieten unterliegen einer privatwirtschaftlichen Steuerung, bei welcher der Staat – wie auch im Westen – nur partiell eingreift: Durch den Bau von Sozialwohnungen, Wohnungsbauförderungsprogramme, Zinsvergünstigungen, Steuererleichterungen u.ä. Auch wenn sich im Westen längerfristig ein Rückzug des Staates aus der Regulierung des Wohnungsbaus abzeichnet (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 9.6.2000, S. 33), ist doch in Ostdeutschland der Bruch weitaus einschneidender gewesen. Innerhalb kurzer Zeit waren die kommunalen Wohnungsbauunternehmen gezwungen zu privatisieren. Dies ist zwar noch nicht vollständig realisiert (ein Großteil ist noch in kommunalem Besitz) – doch der Wandel von der staatlichen hin zur privaten Regulierung muss, weil er sich zeitlich gerafft und augenfällig vollzog, als um so dra-

matischer erlebt worden.¹¹ Eine parallele Verlagerung auf den zweiten Faktor findet sich in der Faktorenanalyse auch bei der Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr. Was bedeuten könnte: In dem Maße, wie privatwirtschaftliche Rentabilitätsüberlegungen die Streckenführung und Preisgestaltung prägen, verliert der öffentliche Nahverkehr im Bewusstsein der Befragten seinen staatlich geprägten Charakter.

So sehr auch die Zufriedenheit mit einzelnen Bereichen der Infrastruktur durch deren Realität geprägt sein mag, die Tatsache, dass die Zufriedenheiten miteinander korrelieren und übergreifende Orientierungsmuster einwirken (wie die Faktorenanalyse belegt), hat gewichtige Implikationen: Sie bedeutet, dass die Zufriedenheit mit einzelnen Bereichen durch die Zufriedenheit mit anderen Bereichen mitbeeinflusst wird. Wer spezifische staatliche Leistungen als unzureichend wahrnimmt, generalisiert diese Unzufriedenheit in gewissem Maße auch auf andere Bereiche, bei denen er eine staatliche Verantwortung unterstellt. So kommt er denn dazu, dass z. B. die Zufriedenheit mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität durch die Zufriedenheit mit dem Arbeitsmarkt mitbestimmt wird (vgl. u. a. Reuband 1999 a).

5 Erwartungshaltungen und Bewertung: der Stellenwert der Westzugehörigkeit

Objektive Rahmenbedingungen begünstigen zwar eine spezifische Bewertung, aber die Bewertung ist durch die objektiven Bedingungen nicht hinreichend determiniert. Die Bewertung vollzieht sich vor dem Hintergrund spezifischer Erwartungshaltungen, und diese werden durch eigene Sozialisation und Vergleiche beeinflusst. Was aus Sicht der ostdeutschen Bevölkerung zufriedenstellend ist, muss es nicht aus Sicht

der Westdeutschen sein: Die Ostdeutschen haben die Vergangenheit der DDR als Referenz, die Westdeutschen den Westen. In dem Maße, wie die Ostdeutschen die Maßstäbe der Westdeutschen annehmen, ist der Bewertung eine Dynamik inhärent, die sich aus der Bewertung ablesen lässt, welche die Westdeutschen an die ostdeutschen Bedingungen anlegen.

Man kann versuchen, die Frage der unterschiedlichen Standards und ihrer Folgen zu klären, indem man die Maßstäbe jener Dresdner berücksichtigt, die vor der Wende in Westdeutschland lebten. Sie stellen zwar keinen repräsentativen Querschnitt der Westdeutschen dar, dürften von ihren Maßstäben her jedoch diesen weitgehend ähneln. Neben der Differenzierung nach West und Ost unterscheiden wir bei den ostdeutschen Befragten weiterhin zwischen Personen, die vor der Wende in Dresden lebten, und denen, die damals an anderen Orten Ostdeutschlands wohnten. Weil die ostdeutschen Lebensverhältnisse außerhalb der Metropolen von der Infrastruktur oftmals ungünstiger waren als in Dresden, müssten sich diese Befragten durch ein eher unterdurchschnittliches Erwartungsniveau auszeichnen. Folglich wäre zu erwarten, dass sie sich tendenziell zufriedener äußern als die alteingesessenen Bewohner der Stadt.

Die Befunde, dargestellt in Tabelle 3, ergeben einen gemischten Befund bezüglich der Veränderungen über die Zeit. Als erster wichtiger Befund ergibt sich: wo ein Aufwärtstrend in der Zufriedenheit besteht, ist er in der Regel, zumindest bis 1998¹², in *allen* drei Subgruppen festzustellen: bei den Dresdnern, den Ost- und den Westdeutschen. Dies bedeutet, dass sich die objektiven Verbesserungen überall in einer entsprechenden Bewertung niedergeschlagen haben, ungeachtet des jeweiligen Erwartungsniveaus. Wo eine Konstanz oder ein Abwärtstrend in der Beurteilung beobachtbar ist, findet sich ein analoges Muster.

Tabelle 3

Zufriedenheit mit kommunaler Infrastruktur (Anteil „sehr zufrieden“ / „zufrieden“ in %) nach Wohnort vor der Wende und Erhebungsjahr

	Dresden				Ostdeutschland**				Westdeutschland			
	1996	1997	1998	2000	1996	1997	1998	2000	1996	1997	1998	2000
Einkaufsmöglichkeiten	59	63	78	77	60	62	69	79	19	30	48	30
Restaurants und Lokale	69	70	86	88	80	67	81	90	30	47	58	73
Öffentlicher Nahverkehr	33	37	*	49	52	48	*	63	74	68	*	61
Arbeitsplätze	8	6	5	6	13	15	5	12	29	5	8	12
Wohnungsangebot	16	31	62	78	8	29	51	84	35	39	85	79
Schutz vor Kriminalität	6	9	14	25	12	28	35	38	37	46	38	67
(N)	(1086)	(1082)	(988)	(596)	(79)	(75)	(85)	(105)	(27)	(23)	(26)	(33)

* nicht erfragt

** Wohnort in Ostdeutschland außer Dresden

Als zweiter wichtiger Befund fällt auf: Die auf gleichen Bewertungsdimensionen bezogenen Urteile fallen zwischen den Befragten unterschiedlicher Herkunft im Niveau erheblich auseinander. In der Bewertung des Angebots an Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants gibt es die höchsten Zufriedenheitswerte bei den Ostdeutschen und die niedrigsten bei den Westdeutschen. So beurteilten 1995/96 59 % der ansässigen Dresdner die Einkaufsmöglichkeiten positiv, während dies nur 19 % der Westdeutschen taten. Die negative Bewertung seitens der Westdeutschen dürfte im wesentlichen deren Sozialisation in einem Gesellschaftssystem mit hohem Konsumangebot widerspiegeln. Für die Ostdeutschen hingegen stellt die Vergangenheit den primären Vergleichsmaßstab her. Und in dieser Vergangenheit war Mangel das Typische. In der Folgezeit haben sich zwar die Unterschiede verringert, gleichwohl bleiben sie noch in nennenswertem Maße bestehen.

Zu vermuten ist, dass weniger die Erreichbarkeit zentraler Einkaufsmöglichkeiten, als die Verfügbarkeit kleiner Geschäfte vor Ort und das Warenangebot ist, welches das Urteil der Westdeutschen maßgeblich prägt. Denn die Erreichbarkeit ist mehr als zehn Jahre nach der Wende – trotz Defiziten in manchen Stadtteilen – so schlecht nicht. Dies belegt ein Vergleich der Dresdner mit einer Düsseldorfer Umfrage, die wir zeitgleich mit identischen Fragebögen im Herbst 2000 durchführten. Düsseldorf stellt vor allem deshalb einen guten Vergleichsmaßstab dar, weil es sich um eine Stadt mit überproportional hoher Kaufkraft der Einwohner handelt, die Einkaufsmöglichkeiten daher ebenfalls überproportional gut sein dürften. Lässt man von den Befragten die Entfernung zu den nächstgelegenen Einkaufsmöglichkeiten schätzen, so erhält man bei rund vier Fünftel der Befragten einen Fußweg von maximal zehn Minuten bis zum nächsten Supermarkt, Zeitungsladen, Bäckerei, Friseur und Apotheke. Gemessen an den durchschnittlichen Wegezeiten (vgl. Tab. 4) liegen die Verhältnisse in Dresden zwar etwas ungünstiger, aber die Unterschiede sind nicht besonders groß. Ein gewichtiger Grund für die größere Unzufriedenheit der Westdeutschen dürfte darin liegen, dass es in Dresden im Vergleich zu Westdeutschland weniger kleine Einzelhandelsgeschäfte gibt und dass sich in den Gegenden, in denen auch viele Westdeutsche leben, die Zahl der Geschäfte mit qualitativ hochwertigem Angebot in Grenzen hält.

Welche Gründe für den Rückgang der Zufriedenheit bei den Westdeutschen zwischen 1998 und 2000 verantwortlich sind – ob stichprobenbedingte Schwankungen¹³ oder substantielle Veränderungen in den Orientierungen – muss offen bleiben. Denkbar ist, dass

Tabelle 4
Durchschnittliche Entfernung zu nächstgelegenen Einkaufsmöglichkeiten (Fußweg in Minuten) in Dresden und Düsseldorf (arithmetisches Mittel)

	Dresden	Düsseldorf
Lebensmittelladen / Supermarkt	9,5	8,2
Bäckerei	6,7	6,9
Zeitungsladen	9,1	8,4
Friseur	10,8	7,9
Apotheke	8,8	5,3

Quelle: Erhebung, 2000

Frageformulierung: „Wie weit entfernt von Ihrer Wohnung liegt... (ca. ...Minuten Fußweg)“ (Lokale Infrastruktur wie oben aufgeführt erfragt)

steigende Erwartungen, die durch den Ausbau der Einkaufsmöglichkeiten mitbedingt wurden, angesichts der Verlangsamung des Aufschwungs bei den Westdeutschen zum Rückgang der Zufriedenheit führten. Gehobenere Spezialitäten und Feinkostangebote, wie sie im Westen ohne Probleme zu kaufen sind, rentieren sich offenbar nur bedingt in Dresden. Als die Neustädter Markthalle – eine alte und inzwischen renovierte Markthalle aus dem vorigen Jahrhundert – im Dezember 2000 geöffnet wurde, musste man sehr schnell die Erfahrung machen, dass das Groß der Käufer Waren des täglich Bedarfs wünscht und nicht die gehobenen Spezialitäten, die ebenfalls angeboten wurden. „Da haben wir dazugelernt“, meint ein Händler, „und stimmen unser Angebot auf eine breitere Zielgruppe ab“ (zit. nach Sächsischer Zeitung vom 14.3.2001, S. 11).

Dass die Westdeutschen sich nicht generell gegenüber ostdeutschen Lebensbedingungen kritischer äußern als die Ostdeutschen, sondern der Erfahrungshintergrund entscheidend ist, zeigt sich im Urteil über den öffentlichen Nahverkehr. Hier waren die Ausgangsbedingungen im Vergleich zum Konsumangebot jeweils andere: In Ostdeutschland war das öffentliche Nahverkehrssystem vor der Wende in Folge des geringen Motorisierungsgrades gut ausgebaut. Und diese Verhältnisse galten in gewissem Umfang auch noch nach der Wende. Auch wenn es zu Einschnitten und Fahrpreiserhöhungen kam – im Vergleich zu vielen westdeutschen Städten und Regionen war die Situation lange Zeit günstiger.

Und wie verhält es sich in dieser Hinsicht in der Gegenwart? Natürlich ist es schwer, einen objektiven Maßstab für den Vergleich der Leistungen des städtischen Nahverkehrs zu entwickeln. Aber eine jüngst wahrgenommene Studie des ADAC, in der die 20 wichtigsten Ballungsräume Europas auf die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs geprüft wurden, bietet einen

ersten Zugang und erlaubt, die Dresdner Verhältnisse in vergleichender Weise zu betrachten. Getestet wurde der öffentliche Nahverkehr aus Sicht von Nutzern, die sich vor Ort nicht auskennen, mit fünf Testfahrten in standardisierter Weise. Kriterien waren u.a. Preise, Tarifvielfalt, Fahrkomfort, Pünktlichkeit, Vernetzung usw. Unter den deutschen Städten lag Dresden (mit Leipzig, Hamburg, Nürnberg und Stuttgart) vor Köln, Berlin, Essen und Frankfurt – gemessen am aggregierten Index, in denen der Bereich Zufriedenheit gewichtet einging (vgl. ADAC 2001).

Gewichtet man die Dimensionen anders – indem man etwa bestimmte Dimensionen, die primär für Touristen bedeutsam sind (wie Übersichtlichkeit der Fahrpläne usw.) ausklammert oder niedriger ansetzt –, verflüchtigt sich die einstige Überlegenheit. Doch wie immer man die Dimensionen und ihre objektiven Ausprägungen gewichten mag, für uns ist an dieser Stelle das subjektive Urteil der Bürger relevant. Und hier zählt, dass das Urteil der in Dresden lebenden Westdeutschen über den öffentlichen Nahverkehr über die Zeit hinweg besonders positiv ist. So gaben 1996 rund drei Viertel der Westdeutschen den Dresdner Verkehrsbetrieben gute Noten, während dies nur ein Drittel der Dresdner und rund die Hälfte der sonstigen Ostdeutschen taten. Die Zahlen aus dem Jahr 2000 dokumentieren für die Dresdner und die Ostdeutschen zwar eine verbesserte Bewertung, während die entsprechende Zahl bei den Westdeutschen rückläufig ist. Der Tatbestand eines kritischeren Urteils auf Seiten der Dresdner bleibt gleichwohl erhalten.

Überdurchschnittlich positive Bewertungen finden sich bei Westdeutschen ebenfalls in der Beurteilung des Wohnungsangebots. Die niedrigsten Zufriedenheitswerte wiesen hier lange Zeit die zugezogenen Ostdeutschen auf, die Dresdner nahmen eine Mittelstellung ein. Die hohe Bewertung des Wohnungsangebots durch die Westdeutschen dürfte ihre von Anfang an bessere Ausgangssituation auf dem Dresdner Wohnungsmarkt widerspiegeln: Sie hatten finanziell die größeren Ressourcen und konnten, auch von westdeutschen Arbeitgebern mit Zulagen unterstützt, auf eine entsprechende große Auswahl an Wohnungen zurückgreifen. Unter diesen Umständen konnten sie es auch verkraften, dass die Mieten zeitweise höher lagen als in vielen westdeutschen Städten. Inzwischen sind sie gesunken und liegen niedriger als in vielen westdeutschen Städten. Die relativen Vorteile der Westdeutschen im Vergleich zu den Ostdeutschen haben sich damit verringert. Was die zunächst besonders niedrige Zufriedenheit der zugezogenen Ostdeutschen angeht, so dürfte sie dadurch mitgeprägt sein, dass diese Gruppe nach der Wende am stärksten den neu-

en Marktbedingungen mit steigenden Mietpreisen relativ hilflos ausgesetzt waren. Neu auf dem Dresdner Wohnungsmarkt mussten sie zahlen, was bei Neuvermietungen als Miete üblich geworden war. Und über entsprechende finanzielle Ressourcen wie die Westdeutschen verfügten sie nicht. Demgegenüber hatten die alteingesessenen Dresdner den Vorteil, bereits eine Wohnung zu besitzen, mit einem niedrigeren Mietpreinsniveau und von den Vermietungsbedingungen her mit eingeschränkten Steigerungsmöglichkeiten.

In der Frage der Arbeitsplätze fällt auf, dass sich die Westdeutschen zu Beginn unserer Zeitreihe durch den höheren Zufriedenheitswert auszeichnen, und – auf niedrigerem Niveau – ebenfalls die neu zugezogenen Ostdeutschen. Dass beide die Arbeitsmarktsituation zunächst so positiv bewerten, dürfte mit ihrer eigenen Lage zusammenhängen: Der Wechsel nach Ostdeutschland erfolgte für die Westdeutschen in der Regel in Kontext einer beruflichen Verbesserung. Bei den Ostdeutschen, die nach Dresden gezogen sind, dürfte die Situation einst ähnlich gewesen sein, denn der Dresdner Arbeitsmarkt zählte lange Zeit mit einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten mit zu den besten in den neuen Bundesländern (vgl. Landeshauptstadt Dresden 1999, S. 8).

Die besonders positive Bewertung durch die Westdeutschen hält allerdings nicht an. Bereits 1997 sind die Werte denen der Dresdner angenähert. Dieser Befund könnte angesichts ihres ursprünglich höheren Zufriedenheitswertes entweder bedeuten, dass sie die Entwicklung des Arbeitsmarktes vermehrt vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen – die nunmehr auch Arbeitslosigkeit einschließen können – beurteilen. Oder es bedeutet, dass sie in zunehmendem Maße die Maßstäbe der Ostdeutschen übernommen haben und die Gesamtlage in Dresden zum Maßstab der Beurteilung erheben. Mögen sie sich nach der Wende noch primär als Westdeutsche empfunden haben, so begreifen sie sich nun möglicherweise stärker als Dresdner und nehmen die lokalen Lebensbedingungen zum Maßstab ihres Urteils. In ihrem Urteil haben sie sich – wie auch die ostdeutschen Nicht-Dresdner – jedenfalls den Dresdnern längerfristig angenähert.¹⁴

Bleibt schließlich die Kriminalitätsbekämpfung als Bereich, der zunächst durch eine außerordentlich hohe Unzufriedenheit geprägt ist, sich dann aber im Urteil der Befragten verbessert. Ausdifferenziert nach Ortsansässigkeit vor der Wende wird deutlich, dass die Dresdner seit Beginn der Messung ihr Zufriedenheitsniveau allmählich gesteigert haben. Gleiches gilt – auf einem höheren Ausgangsniveau – für die übrigen Ostdeutschen. Die Westdeutschen unterliegen – trotz des

von Anfang an günstigeren Ausgangsniveaus unter den drei hier betrachteten Subgruppen insgesamt dem stärksten Zuwachs an Zufriedenheit (von dem „Rückschlag“ 1998 einmal abgesehen). Ende 2000 sind unter ihnen schließlich 67 % mit dem Schutz vor Kriminalität zufrieden. Unter den Dresdnern liegt der analoge Wert zu dieser Zeit erst bei 25 % und unter den anderen Ostdeutschen bei 38 %. Eine vergleichbare Gewöhnung an die Kriminalität wie unter den Westdeutschen hat sich unter den Ostdeutschen offensichtlich noch nicht eingestellt. Ob dies eine nach wie vor bestehende Überreaktion auf gleichartige Verhältnisse bedeutet oder reale Unterschiede in der Bedrohung je nach Wohngebiet oder Folge unterschiedlicher Bewältigungsmöglichkeiten, muss dahingestellt bleiben (siehe dazu Reuband 1999a, 1999d).

6 Der Einfluss sozialer Merkmale auf das Zufriedenheitsniveau

Die bisherigen Vergleiche der West- und der Ostdeutschen haben erbracht, dass diese die gleichen Dimensionen kommunalen Lebens höchst unterschiedlich bewerten. Als Grund haben wir unterschiedliche Erwartungshaltungen vermutet, die im Lauf der Sozialisation erworben wurden. Nun sind jedoch die Westdeutschen und Ostdeutschen, die in Dresden leben, in ihren sozialen Merkmalen nicht gleich. Die Westdeutschen sind im Vergleich zu den ansässigen Dresdnern etwas jünger und haben eine höhere Bildung. Und sie sind weniger lange ortsansässig als die übrigen Einwohner. Diese Merkmale könnten unter Umständen einen Effekt auf das hier betrachtete Phänomen ausüben und das Bild verfälschen – sei es, aufgrund einer differenziellen Betroffenheit je nach sozialen Charakteristiken oder weil diese mit anderen Maßstäben des Urteils einhergehen.

Um dies zu klären, haben wir für die neueste Erhebung für jede Bewertungsdimension getrennte Regressionsanalysen gerechnet, unter Berücksichtigung der Merkmale Alter, Bildung und Geschlecht auf der einen Seite und Herkunft aus West- bzw. Ostdeutschland und Dauer der Ortsansässigkeit auf der anderen Seite. Das Ergebnis für die neueste Erhebung, dargestellt in Tabelle 5, belegt, dass auch nach Kontrolle der sozialen Merkmale die Herkunft aus Westdeutschland in der Bewertung der Einkaufsstätten und des Schutzes vor Kriminalität auf die Zufriedenheit in der beschriebenen Weise Einfluss nimmt. Im Fall der anderen Bereiche lokaler Infrastruktur gelten andere Bedingungen. Wenn hier zunächst ebenfalls größere Unterschiede auf der Ebene der Prozentpunktdifferenz bestanden, sind dafür andere Einflussgrößen primär verantwortlich. Im Fall des öffentlichen Nahverkehrs ist es die Dauer der Ortsansässigkeit: Je länger jemand bereits ansässig ist, desto unzufriedener ist er. Vermutlich ist dies der Fall, weil länger Ansässige einst bessere Verhältnisse erlebt haben und diese zum Maßstab des Urteils machen.

Wie man der Tabelle weiter entnehmen kann, wird die Zufriedenheit durch die sozialen Merkmale der Befragten mitgeprägt, jedoch nicht immer in gleichartiger Weise. Das Geschlecht erweist sich bei nahezu allen Vergleichen als irrelevant. Allenfalls bei der Bewertung der Einkaufsmöglichkeiten treten schwache Effekte auf: Frauen sind, weil sie vermutlich in erster Linie das Einkaufen übernehmen, hier kritischer. Sie achten stärker auf das Warenangebot, nehmen Defizite stärker wahr. Häufiger relevant ist bei den Bewertungsdimensionen demgegenüber das Alter. Der Effekt ist allerdings nicht in allen Fällen gleich, es gibt keine generalisierte Neigung zur Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit steigendem Alter. Vielmehr ist die Beziehung vom thematischen Bezug der Bewertung ab-

Tabelle 5

Zufriedenheit mit kommunaler Infrastruktur in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen (Beta-Koeffizienten der Regressionsanalyse)

	Einkaufen	Lokale	Öffentlicher Nahverkehr	Arbeitsplätze	Wohnungsangebot	Kriminalität
Geschlecht	-.07*	.02	.01	-.02	-.05	-.01
Alter	.15**	-.06	.08	-.17**	.07	-.24***
Bildung	-.10**	.01	-.08	.17***	-.02	.17***
Ortsansässigkeit	-.01	.00	-.17**	-.07	-.03	.00
Westdeutscher	-.19**	-.06	-.02	.02	.04	.12**
r =	.30	.09	.14	.32	.09	.37

* p < 0,05 ** p < 0,01 *** p < 0,001

Codierung der Variablen: Zufriedenheit mit Infrastruktur: 1 = überhaupt nicht zufrieden, 2 = unzufrieden, 3 = teils-teils, 4 = zufrieden, 5 = sehr zufrieden; Geschlecht: 1 = Mann, 2 = Frau; Alter: in Jahren, hohe Werte = hohes Alter; Bildung: 1 = Hauptschule, POS 8. Klasse, 2 = Realschule, POS 10. Klasse, 3 = Fachhochschul-Reife, EOS; Ortsansässigkeit: in Jahren; Westdeutscher: 1 = Ostdeutscher einschl. Dresden, 2 = Westdeutscher

hängig: je älter jemand ist, desto zufriedener ist er mit den Einkaufsmöglichkeiten, desto unzufriedener aber mit dem Arbeitsplatzangebot und der Kriminalitätsbekämpfung.

Generationszugehörigkeit einerseits und Stellung im Lebenszyklus andererseits, die beide die Altersgruppen konstituieren (vgl. auch Glenn 1977), dürften für die Unterschiedlichkeit der Wirkungen verantwortlich sein. Bei den Einkaufsmöglichkeiten vermuten wir in erster Linie Generationseffekte: Die Sozialisation in ein Wirtschaftssystem, das durch Mangel gekennzeichnet ist, lässt die Veränderungen nach der Wende um so positiver erscheinen. Die Erwartungshaltungen der Älteren dürften entsprechend niedriger liegen als bei den Jüngeren, und die objektive Realität erscheint ihnen in einem um so günstigeren Licht. Die Stellung im Lebenszyklus dagegen dürfte in erster Linie für die Bewertung des Arbeitsmarktes verantwortlich sein: Ab einem bestimmten Alter steigt die Chance, arbeitslos zu werden und in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben.

Was die geringe Zufriedenheit der Alten mit der Kriminalitätsbekämpfung angeht, so gründet sich diese primär auf eine bei ihnen verbreitete höhere Kriminalitätsfurcht im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Diese resultiert nicht aus einer erhöhten Viktimisierungsrate, sondern einer erhöhten „Vulnerabilität“, die durch altersbedingte körperliche Beeinträchtigungen und eingeschränkte Abwehrmöglichkeiten mitbedingt ist. Ältere Menschen sind sozial und körperlich verletzbarer, sehen geringere Abwehrchancen und Möglichkeiten, Kriminalitätserfahrungen zu vermeiden (Reuband 1999b).

Die Bildung übt in drei Fällen einen nennenswerten Effekt aus: Die Einkaufsmöglichkeiten werden von den besser Gebildeten etwas schlechter, das Arbeitsplatzangebot und die Bekämpfung der Kriminalität besser eingestuft. Die Angebote für die gehobenen Ansprüche des Konsums, an denen es z.T. in Dresden mangelt, sind vermutlich für die etwas kritischere Einstufung des Konsumangebots durch die besser Gebildeten verantwortlich und die besseren Ausgangsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt für ihre erhöhte Zufriedenheit. Im Fall der Kriminalität dürften die geringen Werte für Kriminalitätsfurcht unter den besser Gebildeten für deren höhere Zufriedenheit verantwortlich sein. Die Befragten mit höherer Bildung haben nicht nur ein realistischeres Bild der Gefährdungen, sondern auch eher die Ressourcen, mit dem Problem der Kriminalität umzugehen.

7 Schlussbemerkungen

Die Zufriedenheit der Dresdner mit den Lebensbedingungen und der lokalen Infrastruktur ist in den letzten Jahren mit Ausnahme des Arbeitsplatzangebots gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung des Lebensgefühls und der subjektiven Wohlfahrt. Dieser Transformationsprozess, der mit der Wende einsetzt, geht im Allgemeinen parallel zu den realen Veränderungen in den objektiven Bedingungen. Gleichwohl ist die Bewertung keine Folge objektiver Rahmenbedingungen allein. Ein und dieselben Lebensbedingung bedeutet nicht für alle Personen zwangsläufig das Gleiche. Objektive Rahmenbedingungen gewinnen ihre subjektive Bedeutsamkeit erst im Kontext der eigenen Erfahrungen und Beurteilungsmaßstäbe.

So können unterschiedliche Erwartungen dazu führen, dass gleiche Bedingungen unterschiedlich bewertet werden. Und dies ist in unserer Untersuchung auch deutlich geworden: Ost- und Westdeutsche fällen über die kommunalen Lebensbedingungen in Dresden unterschiedliche Urteile, wobei die Richtung der jeweiligen Abweichung durch die unterschiedlichen Erfahrungen in verschiedenen Gesellschaftssystemen mitgeprägt sind. Besonders gering ist die Zufriedenheit der Westdeutschen mit den Einkaufsmöglichkeiten in Dresden. Die zukünftigen Veränderungen in der Zufriedenheit der Ostdeutschen werden sowohl von der Verbesserung der objektiven Rahmenbedingungen als auch der Entwicklung ihres Erwartungsniveaus abhängen. Gemessen am Weststandard gibt es in vielen Bereichen nach wie vor einen „Nachholbedarf“, den es zu vollziehen gilt.¹⁵

Anmerkungen

(1)

Die Untersuchungen wurden vom Verfasser in seiner Zeit als Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung am Soziologischen Institut der TU Dresden mit jeweils unterschiedlichen Finanzierungsquellen begonnen: Die Studie von 1995/96, die hier als Basiserhebung dient, wurde mit Mitteln des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst im Rahmen eines Projektes zur Kriminalitätsfurcht finanziert (A7 4-7541, 82-0370/528), die 1997er Erhebung mit Mitteln der TU Dresden (Mittel der philosophischen Fakultät für Forschungspraktika) sowie des Sächsischen Sozialministeriums, die 1998er und die 2000er Erhebungen mit Lehrstuhlmitteln der Universität Düsseldorf. Die Befragten wurden einschl. 1998 jeweils vom Soziologischen Institut der TU Dresden aus angeschrieben, im Jahr 2000 zu einem Drittel von Dresden aus, zu einem Drittel von Düsseldorf mit Düsseldorfer Briefkopf und zu einem Drittel von Düsseldorf aus mit einem kombinierten Dresdner und Düsseldorfer

Briefkopf (deklariert als Gemeinschaftsprojekt). Prof. Dr. Karl Lenz von der TU Dresden sei für die Unterstützung der 1998er und 2000er Studie gedankt.

(2)

Die Erhebung von 1998 schließt auch Befragte einer Panelstichprobe mit ein. Bei der Erhebung wurden 1998 im Panel Ausschöpfungsquoten von mehr als zwei Drittel erreicht, in der Querschnittserhebung ein Wert knapp über 50 %. Die niedrige Ausschöpfungsquote in der Querschnittserhebung auf der Basis einer Stichprobe aus dem Adressbuch ist wohl mitbedingt durch die thematische Schwerpunktsetzung auf die Bundestagswahl 1998 hin und die Tatsache, dass die letzte Erhebungswelle in die Zeit vor und nach der Wahl fällt. Nennenswerte Konsequenzen für die Antwortverteilungen dürften daraus nicht erwachsen: Untersuchungen bei postalischen Befragungen erbringen keine größeren Folgen für die Antwortverteilungen je nach Höhe der Ausschöpfungsquote (Reuband 1999c, 2001b). Die Ausschöpfungsquote der Erhebung von 2000, auf die wir uns hier im Besonderen stützen, liegt bei 58 %. Die Ausschöpfungsquoten unserer Dresdner Befragungen sind nicht nur gegenüber den Quoten für Face-to-face Befragungen (wie z.B. im ALLBUS) als besonders hoch anzusehen. Sie sind es auch im Vergleich zu anderen vergleichbar angelegten postalischen Befragungen in ostdeutschen Großstädten. So wurde z.B. in Halle 1997 nur eine Ausschöpfungsquote von 38 % und 1999 von 40 % erreicht (vgl. Petermann 2000, S. 3).

(3)

Es gibt nur wenige Trendstudien auf der Ebene einzelner Städte in Ostdeutschland, und sie stammen meist von den statistischen Ämtern der Stadt oder wurden in deren Auftrag – z.B. wie in Halle – in Kooperation mit der Universität durchgeführt. In vielen Fällen umfassen sie nur wenige Zeitpunkte. Zu den wenigen Ausnahmen, die längerfristig angelegt sind, siehe für Halle Petermann (1999, 2000). In der Mehrzahl der Studien, einschließlich der von Halle, beschränkt man sich auf die Erfassung von Lebensbedingungen, die aus der Sicht der staatlichen Behörden von Interesse sind. Einstellungen – auch zu überlokalen politischen Themen – werden in der Regel nicht erhoben. Studien, die dem Wandel in den neuen Bundesländern auf lokaler Ebene im Rahmen von Trendstudien nachgehen und auf Fragen der objektiven und subjektiven Lebensbedingungen eingehen, sind bislang spärlich.

(4)

1996 wurden von uns in Chemnitz und Leipzig Paralleluntersuchungen zum Thema Kriminalitätserfahrungen und Kriminalitätsfurcht durchgeführt, 1997 eine Paralleluntersuchung in Düsseldorf zum Thema psychosoziale Krisen und Krisenbewältigung, eine weitere Paralleluntersuchung in Düsseldorf im Jahr 2000 mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und im Jahr 2002 schließlich Paralleluntersuchungen in Hamburg, Kiel, München und Stuttgart, primär zum Thema Kriminalität und Drogen (vgl. Reuband 1998, 2001a, 2002).

(5)

Nimmt man nicht das Jahr 1994 oder 1995, sondern 1993 als Basis, so ergibt sich zunächst ein Rückgang in der Zahl der Einzelhandelsunternehmen. 1993 lag sie noch bei 4 713 Einzelhandelsunternehmen (persönl. Mitteilung der IHK). Zum Teil ist die-

ser Rückgang wohl Folge von Konzentrationsprozessen und der Etablierung großer Supermärkte sowie anderer Verkaufszentren innerhalb der Stadt selbst, zum Teil wohl auch die Folge der spezifischen Probleme, denen die „neuen“, relativ unerfahrenen Selbständigen in Ostdeutschland in einem neu sich etablierenden Wirtschaftssystem ausgesetzt sind. Differenziert man nach Art des Wirtschaftszweiges, lässt sich bei den meisten Branchen eine Ausweitung für die Zeit zwischen 1995 und 1998 feststellen, rückläufige Tendenzen gibt es nur bei wenigen.

(6)

In kaum einer anderen Stadt blieb z.B. das Angebot in Buchläden (die einer Buchhandelskette mit West-Besitzern angehören) – trotz ausgeprägtem Selbstbild der Stadt als Kunst- und Kulturmetropole – lange Zeit derart armselig und ähnelt Verhältnissen in DDR-Zeiten. Das Prinzip des Mangels bestimmte lange Zeit die Präsentationsstrategie (und auch die Einrichtung des Ladens hatte oft noch den „Charme“ der vergangenen Zeiten). Der Kontrast könnte kaum größer sein im Vergleich zu den neueren Trends im Westen, wo Buchläden fast schon zu Erlebniszentren ausgebaut werden – mit bequemen Sitzmöglichkeiten, behaglicher Ausstattung und z.T. Internetanschluss. Erst im Herbst 1999 wurde in Dresden ein Buchladen im Zentrum eröffnet, der einer besseren Präsentationsstrategie in einem neuen Gebäude folgt.

(7)

Die Zahlen für die Jahrhundertwende sind umso bemerkenswerter, als die Zahl der Einwohner um 1900 mit 396 146 weitaus niedriger war als in der jetzigen Zeit. 1995 umfasste Dresden 468 241 Einwohner. Selbst wenn man möglichen Verschiebungen in der Altersstruktur Rechnung tragen würde, die Zahl der Gaststätten und Lokale pro Einwohner wäre damals weitaus höher als heute.

(8)

So war in Berlin, wo sich inzwischen die Spandauer Vorstadt um den Hackeschen Markt, der Gendarmenmarkt oder die Friedrichstraße zu „boomenden“ Zentren entwickelt haben und die Voraussetzungen für die Revitalisierung von vornherein günstiger waren als anderswo, der Prozess der Sanierung und Rekonstruktion ebenfalls erst Mitte der 90er Jahre, z.T. sogar noch später abgeschlossen (vgl. Cornig und Häußermann 1999, S. 84 f.). Der Wandel vollzog sich – sobald die baulichen Voraussetzungen gegeben waren – dann jedoch in ungeahnter Schnelligkeit. Die Berliner Situation weist allerdings insofern Besonderheiten auf, als die Bewohner in West-Berlin, die den Osten für sich entdeckten, ein bedeutsames, kaufkräftiges Klientel darstellen. In Dresden dürfte der Tourismus eine äquivalente Funktion einnehmen. Ob man die Berliner und Dresdner Erfahrungen auf andere ostdeutsche Städte generalisieren kann, ist daher eine offene Frage. Zu den Problemen der Entwicklung der ostdeutschen Städte nach der Wende siehe auch Keim (1995), Häußermann und Neef (1996).

(9)

Nach einer für die Bundesregierung erstellten Studie müssen in Ostdeutschland in 30 Jahren eine Million Wohnungen abgerissen werden. Schon heute können die Wohnungsgesellschaften den Leerstand von Plattenbauwohnungen kaum noch finanzieren (DER SPIEGEL 17.7.2000, S.17).

(10)

Im März 1998 lag die Zahl der ABM-Beschäftigten noch bei 2600 – was in etwa dem Jahresdurchschnitt der vorangegangenen Jahre entsprach. Im Juni 1998 lag die Zahl dann bei 4900, September 1998 bei 6900 und Dezember 1998 bei 7500 (vgl. Landeshauptstadt Dresden: 2000, S. 189).

(11)

Diese Dramatik mag die Zurechnung zum privaten Sektor verschärft haben. Sie ist inzwischen ausgeprägter als in Düsseldorf. In Düsseldorf, wo wir 1998 und 2000 über eine Vergleichserhebung verfügen, läßt die Variable für Wohnungsangebot stärker als in Dresden auf den Faktor für staatliche Verantwortlichkeit.

(12)

Eine Ausnahme stellt die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten dar. Hier ist der Wert unter den Dresdnern zwischen 1998 und 2000 stabil, unter den ostdeutschen Befragten steigt er an, während er unter den Westdeutschen abfällt. Eine weitere Ausnahme betrifft das Wohnungsangebot, wo sich zwischen 1998 und 2000 divergente Trends abbilden. Und schließlich deutet auch die Beurteilung des öffentlichen Nahverkehrs gewisse Divergenzen, und hier z.T. auch schon in den früheren Jahren, an.

(13)

Die 1998 Befragten sind – anders als in den anderen Jahren – zu zwei Dritteln Bestandteil eines Panels, ein Drittel wurde über eine Stichprobe aus dem Adressbuch rekrutiert. Womöglich gibt es durch das Überwiegen des Panels, das 1995/96 begonnen wurde und daher Zuzügler der Zwischenzeit nicht mit einbezieht, bedingt gewisse Verzerrungen, welche vor allem auf die Zusammensetzung der Westdeutschen Einfluss haben.

(14)

In der neuesten Erhebung nehmen die Ost- und die Westdeutschen dann freilich wieder eine gewisse Verbesserung wahr, während die Dresdner ihr Urteil beibehalten und damit die geringste Zufriedenheit äußern. Im Vergleich zu der ersten Messung sind die Differenzen zwischen den Dresdnern und den Ostdeutschen auf der einen Seite und den Westdeutschen auf der anderen Seite jedoch weitaus niedriger.

(15)

Dies gilt im Übrigen auch, wenn man die Zufriedenheit allein zum Maßstab nimmt. In der Erhebung Herbst 2000 erbrachte der zeitgleich eingesetzte identische Fragebogen in Düsseldorf die folgenden Zufriedenheitswerte („sehr zufrieden / zufrieden“): Einkaufsmöglichkeiten 85 %, Restaurants und Lokale 87 %, öffentlicher Nahverkehr 59 %, Arbeitsplätze 39 %. Der Schutz vor Kriminalität hingegen wird in Düsseldorf etwas negativer beurteilt (26 %), ebenfalls das Wohnungsangebot (37 %).

Literatur

ADAC (2001): ADAC Motorwelt, Nr.3, S.57–62

Arbeitsamt Dresden (2001a): Arbeitsmarktbericht Januar 2001. –Dresden

Arbeitsamt Dresden (2001b): Arbeitsmarktbericht Dezember 2001. – Dresden

Arbeitsamt Dresden (2001c): Arbeitsamt Online: Der Arbeitsmarkt im Oktober 2002 (www.arbeitsamt.de)

Bundeskriminalamt (1999–2002): Polizeiliche Kriminalstatistik 1998–2001. – Wiesbaden

Cornig, M. und H. Häußermann (1999): Der steinige Weg zur Dienstleistungsmetropole. Dienstleistung als Hoffnungsträger. In: Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin (Hrsg.) Berlin: offene Stadt. Die Erneuerung seit 1989: Berlin, S. 76–88

DER SPIEGEL Nr. 29, 17.7.2000, S.17

Dillmann, D. (1978): Mail and telephone surveys. – New York

Dillman, D. (2000): Mail and internet surveys. The tailored design method. – New York

Focus, Nr. 24, vom 10.6.200, S. 48

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.6.2000, S. 33

Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. – Opladen

Glenn, N. D. (1977): Cohort analysis. – Beverly Hills and London

Häußermann, H.; Nef, R. (Hrsg.) (1996): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. – Opladen

Heise, U. (1994): Zu Gast im alten Dresden. Erinnerungen an Restaurants, Cafés, Hotels, Tanzsäle und Ausflugslokale. – München

Keim, K.D. (Hrsg.) (1995): Aufbruch der Städte. Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern. – Berlin

Kerner, H.-J. (1996): Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch. Ein Zwischenresümee nach sechs Jahren deutsch-deutscher Kooperation. In: Boers, K.; Gutsche, G., Sessar, K. (Hrsg.): Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. – Opladen, S. 331–267

Koch, Achim (1997): Teilnahmeverhalten beim ALLBUS 1994. Soziodemographische Determinanten von Erreichbarkeit, Befragungsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 98–122

Landeshauptstadt Dresden, Dezernat Wirtschaft und Verkehr (1999): Wirtschaftliche und kommunale Wirtschaftsförderung 1998/99. – Dresden

- Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle (2000): Statistische Informationen. Dresden in Zahlen 1998. – Dresden
- Maretzke, S.; Irmen, E. (1999): Die ostdeutschen Regionen im Wandel. Regionale Aspekte des Transformationsprozesses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B5/99, S. 3–14
- Petermann, S. (1999): Die Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994, 1995 und 1997. – Halle. = Institut für Soziologie (Der Hallesche Graureiher 99–4)
- Petermann, S. (2000): Bürgerumfrage 1999. – Halle. = Institut für Soziologie (Der Hallesche Graureiher 2000–1)
- Reuband, K. H. (1998a): Lebensqualität in sächsischen Großstädten. Ein Vergleich Dresden–Chemnitz–Leipzig. In: Stadtforschung und Statistik, Nr. 2, S. 30–41
- Reuband, K. H. (1998b): Panelmortalität in postalischen Erhebungen und soziale Zusammensetzung der Befragten. Ergebnisse einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage. In: Planung und Analyse, H. 3, S.16–21
- Reuband, K.-H. (1999a): Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel. In: Neue Kriminalpolitik. Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft, 11, H. 2, S. 15–20
- Reuband, K.-H. (1999b): Kriminalitätsfurcht im Alter. Ergebnisse ostdeutscher Studien. In: Lenz, K.; Rudolph, M.; Sieckendiek, U. (Hrsg.): Die alternde Gesellschaft. Problemfelder gesellschaftlichen Umgangs mit Altern und Alter. – München, S. 209–231
- Reuband, K.-H. (1999c): Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie. In: ZA Information 45, S. 71–99
- Reuband, K.-H. (1999d): Von der Kriminalitätshysterie zur Normalität? In: Neue Kriminalpolitik. Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft, 11, Heft 4, S. 16–19
- Reuband, K.-H. (2001a): Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien. Eine Analyse von Veränderungen in der objektiven und subjektiven Bedrohung am Beispiel der Städte Dresden und Düsseldorf, 1995–2000. In: Cassani, U.; Maag, R.; Niggli, M.A. (Hrsg.): Medien, Kriminalität und Justiz. – Chur und Zürich, S.161–183
- Reuband, K.-H. (2001b): Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53, S. 338–364
- Reuband, K.H. (2002): Städtische Lebensqualität im Urteil der Bürger. Düsseldorf, Hamburg und Dresden im Vergleich. In: Kaiser, G. (Hrsg.): Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. – Düsseldorf, S. 279–288
- Sächsische Zeitung, 10.11.1999, S. 7; 17.5.2000; S. 12; 19.5.2000; S. 7, 2.6.2000, M1; 10./11.6.2000, S.1,7; 19.7.2000, S. 6., 14.3.2001. S. 14
- Sahner, H. (1999): Zur Entwicklung ostdeutscher Städte nach der Wende: nicht nur „dem Tod von der Schippe gesprungen“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung, B5/99, S. 26–37
- Sparschuh, R. (1995): Sachsen – Tor zum Osten. Handel und Wandel. In: DEMO, Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, 47, Nr. 7
- Starke, H. (1995): Dampfchocolade, Neumünchner Bier, allerfeinster Korn und der Duft des Orients. In: Stadtmuseum Dresden (Hrsg.), Dresdner Geschichtsbuch. Bd. 1. – Dresden, S. 119–150
- Usbeck, H. (1996): Verlieren die Kernstädte? Konkurrenz zwischen Stadt und Umland bei der Gewerbeentwicklung am Beispiel Leipzig. In: Häußermann, H.; Neef, R. (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und Räumliche Tendenzen. – Opladen, S. 287–304
- Zachert, H. (1992): Die Bereitschaft zur Gewalt hat in unserem Land zugenommen. In: P.M. Perspektive Nr. 27, S. 20–23
- Zapf, W.; Habich, R. (Hrsg.) (2001): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. – Berlin
- Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband
Sozialwissenschaftliches Institut
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf
E-Mail: reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de